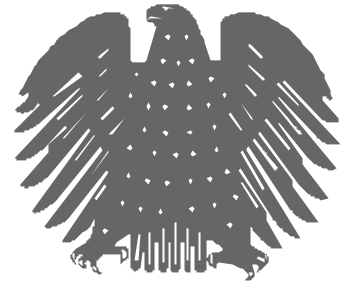


# Presse-Information



Uwe Schummer  
Mitglied des Deutschen Bundestages  
Paul-Löbe-Haus, Zimmer 6.339  
(030) 227 – 73484  
(030) 227 – 76992  
uwe.schummer@bundestag.de

Berlin, 4. März 2003

Anlässlich einer Pressekonferenz erläutert Uwe Schummer MdB (CDU), Mitglied im Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung und Berufsbildungsexperte der CDU-Sozialausschüsse ein

## 10 – Punkte - Programm für die Berufliche Bildung

„Alle Jugendlichen, die können und wollen, erhalten einen Ausbildungsplatz“: Das Versprechen der Bundesregierung für das Ausbildungsjahr 2002 wurde gebrochen. Die Wirklichkeit sieht anders aus. **Noch heute sind fast 30.000 Schulabgänger des letzten Ausbildungsjahres nicht vermittelt. Das Bundesinstitut für die Berufliche Bildung schätzt die „latente Nachfrage“ sogar auf fast 70 000 nicht versorgte Schulabgänger im alten Ausbildungsjahr.** Die Zahl der von den Betrieben neu geschlossenen Verträge sank von 614.236 um 6,8 % auf 572.227.

Im Herbst 2003 beginnt das neue Ausbildungsjahr. Schon jetzt zeigt sich, dass die Lehrstellenlücke größer sein wird: **Es fehlen 90.000 Ausbildungsplätze.** Bis Ende Februar wurden 336.797 Ausbildungsplätze gemeldet - dem stehen 428.147 Bewerber gegenüber. 51 % der Betriebe in den neuen und 44 % in den alten Bundesländern sind nicht ausbildungsberechtigt. Von 1,17 Mio. Betrieben, die ausbildungsberechtigt sind, bilden etwa 640 000 aus, das sind 55 Prozent.

Aufgrund der demographischen Entwicklung wird bis 2006 die Nachfrage nach Ausbildungsplätzen zunehmen. In diesem Jahr um 23.000. Danach droht ein erheblicher Mangel an Fachkräften, wenn heute nicht genügend junge Menschen ausgebildet werden. Notwendig ist eine Offensive für die Berufliche Bildung. **Dies soll das folgende Zehn-Punkte-Programm erreichen:**

- 1) Eine Kurskorrektur in der Wirtschafts- und Steuerpolitik ist nötig. Unternehmen, die keine Zukunft sehen, investieren weder in Menschen noch in Kapital. Damit mehr Betriebe ausbilden, müssen die Rahmenbedingungen verbessert werden. **Ausbildungsbetriebe sind steuerlich zu entlasten und anteilig von Sozialversicherungsbeiträgen für Auszubildende frei zu stellen. Hierfür sind die Mittel des JUMP-Programmes umzulenken. Es ist besser Brücken in den Arbeitsmarkt zu bauen als Ersatzmaßnahmen und „Parknischen“ zu finanzieren.**

- 2) **Die Ausbildungsverordnungen müssen soweit entrümpelt werden, dass jeder Betrieb und jede Verwaltung im Verbund mit anderen Partnern ausbilden kann.** Bei neuen Berufen kann die fachliche Eignung des Ausbilderpersonals übergangsweise auch mit mehrjähriger Berufserfahrung begründet werden. Der Zeitraum zwischen der Anmeldung eines Berufsbedarfs und der Verordnung muss verkürzt werden.
- 3) **Es muss praxisorientierte Basisberufe geben, die in einer zweijährigen Ausbildung erlernt werden; darauf aufbauend die klassischen dreijährigen Berufe.** Stufenausbildungen sind auszuweiten. Durch Qualifizierungsbausteine ist das lebenslange Lernen zu fördern. Sie sollten für eine weitere Ausbildung angerechnet werden können. Wir brauchen Übergänge von der Erstausbildung zur permanenten Weiterbildung. Für praktisch Begabte und Jugendliche ohne Schulabschluss müssen neue, theoriegeminderte Berufsbilder geschaffen werden.
- 4) **Die Berufsschulzeugnisse müssen in die Abschlussprüfung einfließen.** Sinnvoll ist eine gestreckte Abschlussprüfung, die mit dem letzten Ausbildungsjahr beginnt, so dass die bisherige Zwischenprüfung entfällt. Hierzu sind für die Berufe bundeseinheitliche Prüfungskriterien zu entwickeln.
- 5) Die berufliche Aus- und Weiterbildung soll als Alternative zur gymnasialen und Hochschulbildung weiterentwickelt werden, um den Erwerb von „Höchstqualifikationen“ zu erreichen. Damit ist jedoch keine Akademisierung der beruflichen Bildung gemeint, vielmehr die gleiche Anerkennung dieser Qualifikationen. **Durch ein durchlässiges Berufsbildungssystem müssen Meister/innen Zugang zum Hochschulstudium erhalten.**
- 6) **Die Präsenz der Auszubildenden im Betrieb muss erhöht werden.** In den ersten eineinhalb Jahren sollen Auszubildende zwei Tage in der Berufsschule verbringen, in den letzten eineinhalb Jahren nur noch einen Tag. Dabei ist auch der Nachmittag für den Unterricht und für Fördermaßnahmen zu nutzen.
- 7) Auszubildende Betriebe müssen bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen besonders berücksichtigt werden. **Bei gleichwertigen Angeboten erhalten Ausbildungsbetriebe Bonuspunkte.**
- 8) Die Tarifpartner sollten sich darauf verständigen, die **Ausbildungsvergütungen für drei Jahre einzufrieren.** Im Gegenzug müssten Betriebe und Verwaltungen zusätzliche Ausbildungsplätze schaffen.
- 9) Auch in den westdeutschen Bundesländern muss ein Ausbildungsplatzentwicklerprogramm aufgelegt werden. **Die Einstellung zusätzlicher Akquisiteure für Ausbildungsbetriebe sollte durch ESF-Mittel finanziert werden.**
- 10) Vorbildlich ist der **tariflich vereinbarte Lastenausgleich zwischen Betrieben, die ausbilden, und Betrieben, die nicht ausbilden, in der Bauwirtschaft.** Eine zentralistische Ausbildungsplatz-Abgabe wäre jedoch kontraproduktiv, sie würde die Staatsquote weiter nach oben treiben, die Verstaatlichung der beruflichen Bildung verschärfen und mehr Bürokratie nach sich ziehen.